

Verordnung über die direkte Bussenerhebung (Ordnungsbussenverordnung, KOBV)

(vom...)

Der Kantonsrat des Kantons Schwyz,

gestützt auf § 40 Buchstabe h der Kantonsverfassung¹ sowie § 31 des Gesetzes über das kantonale Strafrecht vom 13. Januar 1972,²

beschliesst:

§ 1 Grundsatz

¹ Für bestimmte Übertretungen des kantonalen Rechts können nach den Vorschriften dieser Verordnung Ordnungsbussen direkt ausgefällt und eingekassiert werden.

² Ordnungsbussen dürfen nur ausgefällt werden, wenn der Sachverhalt tatsächlich und rechtlich klar ist und die fehlbare Person mit der direkten Bussenerhebung einverstanden ist.

§ 2 Kontrollorgane

¹ Ordnungsbussen können von den Angehörigen des Polizeikorps erhoben werden.

² Der Regierungsrat kann weitere Funktionäre des Kantons, der Bezirke und Gemeinden ermächtigen, Ordnungsbussen in ihrem Zuständigkeitsbereich direkt auszufällen und einzukassieren.

§ 3 Bussenkatalog

¹ Die Übertretungen, die mit Ordnungsbussen geahndet werden können, sind mit den Bussenansätzen im Anhang aufgeführt.

² Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des eidgenössischen Ordnungsbussengesetzes vom 24. Juni 1970³ und der dazugehörenden Verordnung.

§ 4 Höhe der Busse

Vorleben und persönliche Verhältnisse der fehlbaren Person werden bei der Bussenerhebung nicht berücksichtigt.

§ 5 Ausnahmen

Die direkte Bussenausfällung ist ausgeschlossen:

- a) bei Widerhandlungen, durch welche ein Sachschaden verursacht oder Personen verletzt oder gefährdet wurden;
- b) bei Widerhandlungen durch Kinder sowie Jugendliche, die das 15. Altersjahr nicht zurückgelegt haben;

- c) wenn dem oder der Fehlbaren zusätzlich eine Widerhandlung vorgeworfen wird, die nicht im Bussenkatalog aufgeführt ist.

§ 6 Zusammentreffen mehrerer Übertretungen

¹ Erfüllt die fehlbare Person durch ihr Verhalten mehrere gemäss dieser Verordnung direkt zu ahndende Tatbestände, so werden die Bussen zusammengezählt, und es wird eine Gesamtbusse ausgefällt.

² Lehnt die fehlbare Person das Ordnungsbussenverfahren für eine oder mehrere der ihr vorgeworfenen Übertretungen ab, wird für alle Übertretungen das ordentliche Verfahren durchgeführt.

§ 7 Bezahlung

¹ Die Bezahlung der Busse hat unmittelbar vor Ort oder, wenn die fehlbare Person über einen schweizerischen Wohnsitz verfügt, auch mittels Einzahlungsschein innert 30 Tagen zu erfolgen.

² Bei direkter Bezahlung der Busse vor Ort wird eine Quittung mit Angabe des Namens der fehlbaren Person, dem Vermerk von Ort, Zeit und Datum und der geahndeten Ordnungswidrigkeit, der Unterschrift des oder der Büssenden sowie mit Hinweis auf die Bestimmung über die Rechtskraft (§ 9 dieser Verordnung) ausgestellt.

³ Wird die Busse innert Zahlungsfrist nicht bezahlt, wird das ordentliche Verfahren eingeleitet.

§ 8 Kosten

Im Ordnungsbussenverfahren werden keine Kosten erhoben.

§ 9 Rechtskraft

¹ Die Ordnungsbusse wird mit der Bezahlung rechtskräftig.

² Wird nachträglich in einem ordentlichen Verfahren festgestellt, dass das Ordnungsbussenverfahren trotz Ausschlussgrund durchgeführt wurde, wird die bezahlte Ordnungsbusse angerechnet oder zurückerstattet.

§ 10 Kompetenzdelegation

Der Regierungsrat ist befugt, im Bussenkatalog die Verweise auf die gesetzlichen Bestimmungen nötigenfalls anzupassen.

§ 11 Übergangsbestimmung

Das Ordnungsbussenverfahren ist anwendbar auf Übertretungen, die nach Inkrafttreten dieser Verordnung begangen werden.

§ 12 Änderung von Erlassen

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

a) Gesetz über das kantonale Strafrecht vom 13. Januar 1972⁴

§ 20 6. Gegen die öffentliche Ordnung (neu)

a) Littering (neu)

Wer unbefugt Kleinabfälle oder Verpackungsmaterialien auf öffentlichen Boden oder in Gewässer wirft, fallen oder dort liegen lässt, wird mit Busse bestraft.

§ 21 b) Verrichten der Notdurft und andere Verunreinigungen (neu)

¹ *Wer innerhalb bewohnter Gebiete seine Notdurft ausserhalb sanitärer Einrichtungen verrichtet, wird mit Busse bestraft.*

² *Wer öffentliche Gebäude und Anlagen verunreinigt und dadurch in ihrem Aussehen oder dem bestimmungsgemässen Gebrauch beeinträchtigt, wird, sofern das Verhalten nicht nach einer anderen Norm strafbar ist, mit Busse bestraft.*

§ 22 c) Betteln (neu)

Wer auf öffentlichem Grund bettelt oder Kinder oder Personen, die von ihr oder ihm abhängig sind, zum Betteln schickt, wird mit Busse bestraft.

§ 23 7. Gegen die öffentliche Gewalt

a) Unerlaubte Selbsthilfe

b) Zivilprozessordnung vom 25. Oktober 1974⁵

§ 179 Allgemeine Verbote

³ *... Das Verfahren richtet sich nach den Vorschriften der Gerichtsordnung und der Verordnung über den Strafprozess sowie nach den allgemeinen Bestimmungen des schweizerischen Strafgesetzbuches, sofern nicht das Ordnungsbussenverfahren zur Anwendung gelangt.*

c) Verordnung über den Strafprozess im Kanton Schwyz (Strafprozessordnung) vom 28. August 1974⁶

§ 1 Geltungsbereich

Vernehmlassungsvorlage

³ Vorbehalten bleiben Bundesrecht und Staatsverträge sowie die Vorschriften der Verordnung über die direkte Bussenerhebung (Ordnungsbussenverordnung) vom ...

d) Kantonale Verordnung zum Bundesgesetz über den Wald vom 21. Oktober 1998⁷

§ 24 Strafverfahren

² Sie zeigen Widerhandlungen gegen die Waldgesetzgebung bei der zuständigen Strafverfolgungsbehörde an, sofern nicht das Ordnungsbussenverfahren zur Anwendung gelangt.

e) Verordnung über den Schutz wildwachsender Pflanzen vom 29. Juni 1965⁸

§ 6

Polizeiorgane, Wildhüter, Forstbeamte und vom zuständigen Departement ernannte freiwillige Pflanzenschutzaufseher überwachen die Einhaltung der Verordnung und zeigen Übertretungen dem zuständigen Untersuchungsrichter an, sofern nicht das Ordnungsbussenverfahren zur Anwendung gelangt.

f) Kantonale Jagd- und Wildschutzverordnung vom 20. Dezember 1989⁹

§ 50 Pflichten und Rechte

⁴ Sie zeigen Widerhandlungen gegen die Jagdgesetzgebung bei der zuständigen Strafverfolgungsbehörde an, sofern nicht das Ordnungsbussenverfahren zur Anwendung gelangt.

§ 52 Irrtumsabschuss

² Lässt der Sachverhalt nicht auf einen Irrtum, sondern auf grobe Fahrlässigkeit schliessen, ist der Erleger zu verzeihen, sofern nicht das Ordnungsbussenverfahren zur Anwendung gelangt. ...

§ 13 Referendum, Inkraftsetzung

¹ Diese Verordnung wird dem fakultativen Referendum gemäss § 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung unterstellt.

² Sie wird im Amtsblatt veröffentlicht und nach Inkrafttreten in die Gesetzssammlung aufgenommen.

³ Der Regierungsrat bezeichnet den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Anhang

Bussenkatalog zur kantonalen Ordnungsbussenverordnung vom ...

	Busse in Fr.	
1	Ruhe, Ordnung, Sicherheit	
1.1	Verursachen ungebührlichen Lärms (§ 18 Abs. 1 des Gesetzes über das kantonale Strafrecht vom 13. Januar 1972 [StrG] ¹⁰⁾	150.–
1.2	Littering (§ 20 StrG)	100.–
1.3	Verrichten der Notdurft ausserhalb sanitärer Anlagen (§ 21 Abs. 1 StrG)	100.–
1.4	Anderweitige Verunreinigung öffentlicher Gebäude oder Anlagen (§ 21 Abs. 2 StrG)	100.–
1.5	Betteln (§ 22 StrG)	100.–
1.6	Missachten einer polizeilichen Wegweisung oder Fernhaltung (§ 19 der Verordnung über die Kantonspolizei vom 22. März 2000 [PoIV] ¹¹ i.V.m. § 27 StrG)	200.–
1.7	Missachten eines Allgemeinen Verbots (§ 179 der Zivilprozessordnung vom 25. Oktober 1974 [ZPO] ¹²⁾	100.–
1.8	Verstoss gegen die Hundeleinenpflicht (§ 2 Abs. 1 des Gesetzes über das Halten von Hunden vom 23. Juni 1983 [HuG] ¹³ i.V.m. § 12 Abs. 1 HuG)	50.–
1.9	Verstoss gegen die Entfernungs- und Beseitigungspflicht für Hundekot (§ 2 Abs. 2 HuG i.V.m. § 12 Abs. 1 HuG)	100.–
2	Natur- und Umweltschutz	
2.1	Geringfügiger Verstoss gegen die Benützungspflicht der öffentlichen Abfall- und Sammeleinrichtungen der Wohn- bzw. Standortgemeinde (§ 11 Abs. 1 der Kantonalen Verordnung zum Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 24. Mai 2000 [USG-V] ¹⁴ i.V.m. § 36 Abs. 1 Bst. a USG-V)	200.–
2.2	Geringfügiger Verstoss gegen das Ablagerungsverbot	

Vernehmlassungsvorlage

	(§ 12 USG-V i.V.m. § 36 Abs. 1 Bst. b USG-V)	300.–
2.3	Verstoss gegen ein Feuer- oder Feuerwerksverbot im Freien (§ 14a der Kantonalen Verordnung zum Bundesgesetz über den Wald vom 21. Oktober 1998 [KVzWaG] ¹⁵ i.V.m. § 23a KVzWaG)	300.–
2.4	Überschreiten der zulässigen Menge gesammelter Pilze, sofern keine Verwarnung auszusprechen ist (§ 3 Abs. 1 der Verordnung über den Schutz der wildwachsenden Pilze vom 25. Februar 1977 [PiV] ¹⁶ i.V.m. § 5 PiV)	150.–
3.	Kantonale Naturschutzgebiete	
3.1	Verstoss gegen das Lagerungs- oder Campierverbot (§ 3 Abs. 2 Bst. b der Verordnung zum Schutze des Frauenwinkels vom 5. Mai 1980 [VSF] ¹⁷ i.V.m. § 19 Bst. c VSF; § 3 Abs. 2 Bst. b der Verordnung zum Schutze des Aahorns vom 5. Mai 1980 [VSA] ¹⁸ i.V.m. § 12 VSA; § 3 Abs. 3 Bst. b der Verordnung zum Schutze des Nuoler Riedes vom 5. Mai 1980 [VSN] ¹⁹ i.V.m. § 12 VSN; § 3 Abs. 4 Bst. b der Verordnung zum Schutze der Bätzimatt vom 11. Oktober 1983 [VSB] ²⁰ i.V.m. § 12 VSB; § 3 Abs. 2 Bst. b der Verordnung zum Schutze der Gebiete Sägel und Schutt sowie des Laurerzersees vom 16. Dezember 1986 [VSS] ²¹ i.V.m. § 14 Abs. 1 VSS; § 4 Bst. b der Verordnung zum Schutze der Hochmoorebene Biberbrugg-Rothenthurm vom 22. März 1988 [VSH] ²² i.V.m. § 19 Abs. 1 VSH; § 4 Bst. a der Verordnung zum Schutze des Südteiles (Gemeindegebiet Rothenthurm) der Hochmoorebene Biberbrugg-Rothenthurm vom 28. März 1995 [VSHS] ²³ i.V.m. § 21 VSHS; § 4 Bst. a der Verordnung zum Schutze der Gebiete Schwantenau, Roblosen, Breitried, Schützenried, Oberer Sihlsee und Allmig vom 29. August 1994 [VSR] ²⁴ i.V.m. § 21 VSR)	150.–
3.2	Verstoss gegen das Feuerungsverbot (§ 3 Abs. 2 Bst. d VSS i.V.m. § 14 Abs. 1 VSS; § 4 Bst. a VSH i.V.m. § 19 Abs. 1 VSH; § 4 Bst. b VSHS i.V.m. § 21 VSHS; § 4 Bst. b VSR i.V.m. § 21 VSR)	200.–
3.3	Verstoss gegen die Hundeleinenpflicht (§ 3 Abs. 2 Bst. f VSF i.V.m. § 19 Bst. a VSF; § 3 Abs. 2 Bst. d VSA i.V.m. § 12 VSA; § 3 Abs. 3 Bst. d VSN i.V.m. § 12 VSN; § 3 Abs. 4 Bst. d VSB i.V.m. § 12 VSB; § 3 Abs. 2 Bst. f VSS i.V.m. § 14 Abs. 1 VSS; § 4 Bst. d VSH i.V.m. § 19 Abs. 1	

	VSH; § 4 Bst. d VSHS i.V.m. § 21 VSHS; § 4 Bst. e VSR i.V.m. § 21 VSR)	50.–
3.4	Verstoss gegen das Reitverbot (§ 3 Abs. 2 Bst. e VSA i.V.m. § 12 VSA; § 4 Bst. f VSH i.V.m. § 19 Abs. 1 VSH; § 4 Bst. e VSHS i.V.m. § 21 VSHS; § 4 Bst. f VSR i.V.m. § 21 VSR)	50.–
3.5	Verstoss gegen das Betretungsverbot oder das Befahrungsverbot mit einem nichtmotorisierten Fahrzeug (§ 3 Abs. 3 VSF i.V.m. § 19 Bst. b und c VSF; § 6 Abs. 2 VSA i.V.m. § 12 VSA; § 6 Abs. 3 VSN i.V.m. § 12 VSN; § 3 Abs. 3 VSB i.V.m. § 12 VSB; § 3 Abs. 2 Bst. k VSS und § 4 Abs. 1 und 2 VSS i.V.m. § 14 Abs. 1 VSS; § 5 Abs. 1 VSH i.V.m. § 19 Abs. 1 VSH; § 5 Abs. 1 und 2 VSHS i.V.m. § 21 VSHS; § 5 Abs. 1, 2 und 3 VSR i.V.m. § 21 VSR)	80.–
3.6	Verstoss gegen das Befahrungsverbot mit einem Motorfahrzeug (§ 3 Abs. 3 VSF i.V.m. § 19 Bst. b und c VSF; § 6 Abs. 2 VSA i.V.m. § 12 VSA; § 6 Abs. 3 VSN i.V.m. § 12 VSN; § 3 Abs. 3 VSB i.V.m. § 12 VSB; § 3 Abs. 2 Bst. k VSS i.V.m. § 14 Abs. 1 VSS; § 4 Bst. e VSH i.V.m. § 19 Abs. 1 VSH; § 5 Abs. 3 VSHS i.V.m. § 21 VSHS; § 5 Abs. 3 VSR i.V.m. § 21 VSR)	150.–
3.7	Verstoss gegen das Badeverbot (§ 5 Abs. 2 VSF i.V.m. § 19 Bst. c VSF; § 5 Abs. 3 VSA i.V.m. § 12 VSA; § 5 Abs. 3 VSN i.V.m. § 12 VSN; § 5 Abs. 3 VSB i.V.m. § 12 VSB; § 3 Abs. 2 Bst. c VSS i.V.m. § 14 Abs. 1 VSS; § 4 Bst. c VSR i.V.m. § 21 VSR)	50.–
3.8	Verstoss gegen das Anlegungs-, Stationierungs- und Durchfahrverbot (§ 5 Abs. 2 VSF i.V.m. § 19 Bst. c VSF; § 5 Abs. 2 VSA i.V.m. § 12 VSA; § 5 Abs. 2 VSN i.V.m. § 12 VSN; § 5 Abs. 2 VSB i.V.m. § 12 VSB; § 6 Abs. 2 VSS i.V.m. § 14 Abs. 1 VSS)	150.–
3.9	Verstoss gegen das Pflückverbot für Pflanzen, Pilze und Beeren (§ 6 Abs. 2 Bst. e VSF i.V.m. § 19 Bst. c VSF; § 6 Abs. 2 Bst. e VSN i.V.m. § 12 VSN; § 6 Abs. 2 Bst. e VSB i.V.m. § 12 VSB; § 7 Abs. 2 Bst. e VSS i.V.m. § 14 Abs. 1 VSS; § 4 Bst. h VSH und § 9 Abs. 2 Bst. f. VSH i.V.m. § 19 Abs. 1 VSH; § 4 Bst. g VSHS und 10 Abs. 2 Bst. f VSHS i.V.m. § 21 VSHS; § 4 Bst. h VSR i.V.m. § 21 VSR)	50.–
4.	Jagd	
4.1	Nichtmitführen des Jagdpatents oder der Gästekarte bei	

Vernehmlassungsvorlage

	der Jagdausübung (§ 17 der Kantonalen Jagd- und Wildschutzverordnung vom 20. Dezember 1989 [KJWV] ²⁵ i.V.m. § 55 Abs. 1 Bst. a KJWV)	50.–
4.2	Nichteinhalten der Schussabgabezeiten an einem Jagdtag (§ 19 KJWV i.V.m. § 55 Abs. 1 Bst. a KJWV)	100.–
4.3	Unerlaubtes Mitführen eines Schweisshundes auf der Hochwildjagd (§ 26 KJWV i.V.m. § 55 Abs. 1 Bst. a KJWV)	150.–
4.4	Unerlaubtes Jagenlassen eines Jagdhundes während der Jagdausübung (inklusive Anlernen) (§ 1 KJWV sowie Jährliche Jagdvorschriften [JV _{Jagd}] i.V.m. § 55 Abs. 1 Bst. a KJWV)	150.–
4.5	Mitnehmen eines Hundes auf die Jagd, der im Jagdpatent nicht eingetragen oder nicht vorschriftsgemäss gekennzeichnet ist (§ 28 KJWV i.V.m. § 55 Abs. 1 Bst. a KJWV)	100.–
4.6	Drücken und Treiben von Wild bei der Jagdausübung durch nicht Jagdberechtigte (§ 29 Bst. a KJWV i.V.m. § 55 Abs. 1 Bst. a KJWV)	150.–
4.7	Abgeben von Treibschüssen, Anrollen von Steinen, Holz usw. zum Aufjagen von Wild, sowie Schussabgabe aus dem stehenden Motorfahrzeug (ausgenommen Lusserjagd) (§ 29 Bst. c und e KJWV i.V.m. § 55 Abs. 1 Bst. a KJWV)	150.–
4.8	Nichtkennzeichnen des Motorfahrzeuges bei der Ausübung der Jagd (§ 1 und 31 Abs. 4 KJWV sowie JV _{Jagd} i.V.m. § 55 Abs. 1 Bst. a KJWV)	50.–
4.9	Unerlaubte Verwendung eines Motorfahrzeuges zur Jagdausübung (§ 31 KJWV i.V.m. § 55 Abs. 1 Bst. a KJWV)	150.–
4.10	Nichtmitführen eines Apportierhundes oder eines Bootes auf der Wasserwildjagd (§ 1 Abs. KJWV sowie JV _{Jagd} i.V.m. § 55 Abs. 1 Bst. a KJWV)	100.–
4.11	Unterlassung der rechtzeitigen Abschussmeldung (§ 1 und 32 Abs. 2 KJWV sowie JV _{Jagd} i.V.m. § 55 Abs. 1 Bst. a KJWV)	100.–
4.12	Unvollständiges oder fehlerhaftes Ausfüllen der Abschussmeldung (§ 1 und 32 Abs. 2 KJWV sowie JV _{Jagd} i.V.m. § 55 Abs. 1 Bst. a KJWV)	50.–
4.13	Nichtabgabe der nicht gebrauchten Abschussmeldungen und Wildabschussmarken (§ 1 KJWV sowie JV _{Jagd} i.V.m.	

Vernehmlassungsvorlage

	§ 55 Abs. 1 Bst. a KJWV)	50.–
4.14	Nicht vorschriftsgemässe Kennzeichnung der Jagdteilnehmer (§ 1 KJWV sowie JV ^{Jagd} i.V.m. § 55 Abs. 1 Bst. a KJWV)	100.–
4.15	Nicht vorschriftsgemässer Umgang mit Jagdwaffen (§ 1 KJWV sowie JV ^{Jagd} i.V.m. § 55 Abs. 1 Bst. a KJWV)	200.–
5.	Fischerei	
5.1	Nichtmitführen des Fischereipatents oder der Gästekarte bei der Fischereiausübung (§ 19 der Kantonalen Fischereiverordnung vom 9. September 1976 [KFV] ²⁶ i.V.m. § 39 Abs. 1 KFV)	50.–
5.2	Nicht fachgerechte oder vorschriftsgemässe Handhabung und Verwendung von Köderfischen sowie untermässiger und gefangener Fische (§ 3, 20 Abs. 2 und 31 Abs. 4 KFV sowie JV ^{Fischerei} und Ausführungsbestimmungen der Konkordate i.V.m. § 39 Abs. 1 KFV)	100.–
5.3	Fischen mit unerlaubten oder zu vielen Gerätschaften in der See- und Bachfischerei (§ 3 und 28 Abs. 1 Bst. a und b KFV sowie JV ^{Fischerei} und Ausführungsbestimmungen der Konkordate i.V.m. § 39 Abs. 1 KFV)	100.–
5.4	Fischen in Schonstrecken (§ 3 KFV sowie JV ^{Fischerei} und Ausführungsbestimmungen der Konkordate i.V.m. 39 Abs. 1 KFV)	200.–
5.5	Nichteinhalten der maximalen Tagesfangzahlen und der Mindestfangmasse (§ 3 KFV sowie JV ^{Fischerei} und Ausführungsbestimmungen der Konkordate i.V.m. § 39 Abs. 1 KFV)	200.–
5.6	Nichtbeaufsichtigung der verwendeten Gerätschaften (§ 3 KFV sowie JV ^{Fischerei} und Ausführungsbestimmungen der Konkordate i.V.m. § 39 Abs. 1 KFV)	50.–
5.7	Nicht oder nicht vorschriftsgemässes Führen der Fischereistatistik bei der Ausübung der Fischerei (§ 16 und 20 Abs. 1 i.V.m. § 39 Abs. 1 KFV)	50.–

¹ SRSZ 100.000.

² SRSZ 220.100.

³ SR 741.03

Vernehmlassungsvorlage

- ⁴ SRSZ 220.100
- ⁵ SRSZ 232.110
- ⁶ SRSZ 233.110
- ⁷ SRSZ 313.110
- ⁸ SRSZ 722.411
- ⁹ SRSZ 761.110
- ¹⁰ SRSZ 220.100
- ¹¹ SRSZ 520.110
- ¹² SRSZ 232.110
- ¹³ SRSZ 546.100
- ¹⁴ SRSZ 711.110
- ¹⁵ SRSZ 313.110
- ¹⁶ SRSZ 722.412
- ¹⁷ SRSZ 722.111
- ¹⁸ SRSZ 722.112
- ¹⁹ SRSZ 722.113
- ²⁰ SRSZ 722.114
- ²¹ SRSZ 722.211
- ²² SRSZ 722.311
- ²³ SRSZ 722.312
- ²⁴ SRSZ 722.313
- ²⁵ SRSZ 761.110
- ²⁶ SRSZ 771.110